

Zunächst nur ein Grundsatzbeschuß gefaßt:

Rat stimmte der Stadtwerke-GmbH zu Verträge werden noch weiter beraten

Vorwürfe gegen die Stadt wurden mit scharfen Worten zurückgewiesen / Tenor der Debatte: Es handelt sich um eine für die Versorgung förderliche Politik / Alle Redner versuchten, den „komplizierten Sachverhalt“ zu erläutern / Einstimmiger Beschluß

Flensburgs Ratsversammlung faßte gestern abend unter dem Vorsitz von Stadtpräsidentin Ingrid Groß zunächst nur den Grundsatzbeschuß, die Stadtwerke nach Vorliegen der geprüften Bilanz zum 31. Dezember 1982 und nach der erforderlichen Genehmigung in die Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung umzuwandeln. Die Entwürfe des Gesellschaftsvertrages und des Personalüberleitungsvertrages werden lediglich zur Kenntnis genommen. Wie es heißt, können diese Verträge sowohl in redaktioneller als auch in materieller Hinsicht durch die künftig noch zu führenden Verhandlungen und durch die Beratungen im Werkausschuß und im Magistrat geändert werden. Die Entscheidung über den Grundsatzbeschuß fiel einstimmig.

Zuvor hatten Bürgermeister Dr. Helmuth Christensen sowie der Vorsitzende des Werkausschusses, Stadtrat Helmut Schumann, und weitere Sprecher der Fraktionen den

— wie sie sagten — „zugegebenermaßen komplizierten Sachverhalt“ und die schwer durchschaubaren Zusammenhänge zu erläutern versucht. Das Wort „versucht“ wurde dabei ausdrücklich betont. Dr. Christensen sagte — und den gleichen Tenor hatten auch die übrigen Debattenbeiträge: „Bei dem, was die Stadt hier will, handelt es sich nicht um eine für den Bürger schädliche, sondern um eine für seine Versorgung förderliche Politik“. Wenn man bei der gegenwärtigen Haushaltssituation bereits im Sozialetat Streichungen vornehmen müsse, wäre es für den betroffenen Bürger kaum verständlich, „wenn man die Möglichkeiten einer Verbesserung der städtischen Einnahmen unterläßt“. Das Mehr an Einnahmen für die Stadt diene der Stärkung der Investitionsmöglichkeiten. Das helfe Arbeit schaffen. „Kann man so ein Resultat legale Korruption nennen? Ich meine nein!“, rief Dr. Christensen aus, der bei dieser Gelegenheit — wie auch Schumann — gegen die Stadt erhobene Vorwürfe mit scharfen Worten zurückwies.

Der Rat wiederum wehrte sich gegen die Angriffe und fällte einstimmig die Grundsatzentscheidung zur Umwandlung in eine GmbH mit Wirkung zum 1.1.83.

**Der neue OB wurde vereidigt
Amtsantritt am 1. Februar '83**
Olaf Cord Dielewicz nahm erstmals an der Ratssitzung teil

